

VORWÄRTS

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten

Gruppe Rote Werkstatt

Nullnummer

5S Solidaritätspreis 10S

Für SPÖ- Alleinregierung

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CNRM
14/11; A-1010 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@on.at

1970 erreichte die SPÖ zum erstenmal in der österreichischen Geschichte die absolute Mehrheit. Sie stand den hohen Erwartungen der Arbeiter gegenüber, die sie an die Macht gebracht hatten. Man erwartete die Reformen von ihr, die in den Jahren der Koalition und den vier Jahren ÖVP-Alleinregierung nicht durchgesetzt wurden. Zum Beispiel: schnelle Einführung der 40-Stunden-Woche, Herabsetzung der Jugendarbeitslosigkeit, betriebliche Mitbestimmung, Abschaffung des Numerus Clausus, Abschaffung der Aufnahmeprüfung an der AHS, Einführung der Lehrmittelfreiheit, Wohnungsbauprogramm, Aufbau des Sozialstaates.....

Viele dieser Forderungen konnten im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs (Wachstumsraten um 6%) ohne größere Kämpfe durchgesetzt werden. Die Arbeitslosenrate sank von 2,8% 1969 auf 1,5% 1974 (tiefster Stand der je erreicht wurde). Die Jugendarbeitslosigkeit wurde erfolgreich bekämpft und ein soziales Netz aufgebaut, das keinen Vergleich mit anderen Ländern scheuen muß.

Fortsetzung auf Seite 7

Dies alles waren keine großzügigen Geschenke der Unternehmer, sondern höchstens ein paar Krümel von ihrem großen Kuchen.

Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es keine großen Sozialreformen mehr. Die Bundesregierung hat versucht, durch massive Kreditaufnahme Österreich gegen die weltweite kapitalistische Wirtschaftskrise abzuschirmen und die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten.

Aber spätestens seit den letzten zwei Jahren spüren wir, daß Österreich keine Insel der Seligen mehr ist. Die Arbeitslosigkeit betrug 1981 noch 1,9%, aber 1982 schon im Jahresdurchschnitt 3,7%. Im Dezember 1982 / Januar 1983 haben wir mit 5,4% einen absoluten Nachkriegsrekord erreicht. Aber auch die Arbeitenden müssen ihren Lebensstandard einschränken; 1982

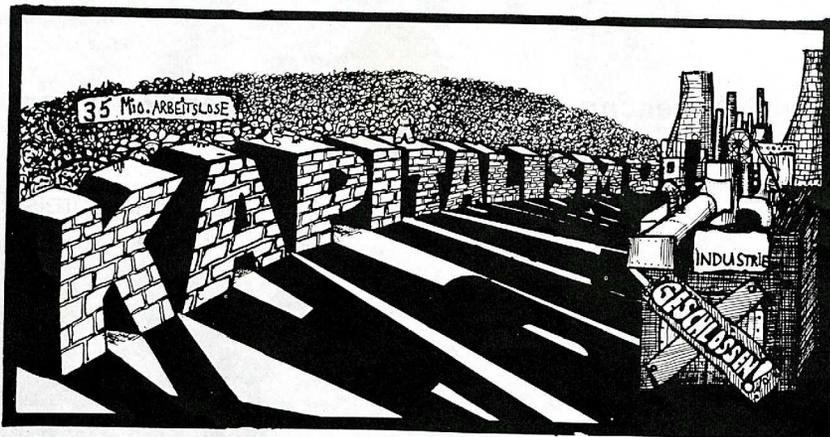


Wird die SPÖ-Regierung mit dem Kapital brechen?

INHALT

Wer wir sind....	Seite 2
Arbeitslosigkeit...	Seite 3
Schweden.....	Seite 4
VMW.....	Seite 6
Wahlkampf.....	Seite 7
Aktionen.....	Seite 8

Wer wir sind was wir wollen



Du hältst soeben das erste Exemplar einer neuen Zeitung in der Hand und willst sicher wissen, wer diese Zeitung überhaupt herausgibt, und was die Herausgeber damit bezwecken. Nun, wir sind Jugendliche (Lehrlinge, Schüler, Arbeiter...), die sich in ihrer ohnehin kargen Freizeit nicht mehr in Lokalen oder Diskotheken den letzten Groschen aus dem Sack ziehen lassen wollen. Uns stinkt einiges in dieser kapitalistischen Konsumgesellschaft, in die wir hineingeboren sind, z.B. daß es 48 000 Jugendliche unter 25 Jahren gibt, die keinen Arbeitsplatz oder keine Lehrstelle haben und daß in Österreich 10.000 Ende-Wohnungen leerstehen, während Tausende auf Wohnungssuche sind. Oder, daß man uns in unserer Freizeit auch noch die paar Groschen aus der Tasche zieht, die wir verdienen oder als Taschengeld bekommen.

Das ist natürlich noch nicht alles. Was uns sonst nicht paßt, und wie wir verändern wollen, wirst Du in dieser und in den nächsten Nummern des VORWÄRTS lesen können. Weil uns in diesem System so vieles nicht paßt, und weil wir das verändern wollen, arbeiten wir in der Sozialistischen Jugend (SJ) mit. Jetzt wird Du vielleicht die Nase rümpfen und Dir denken: "Hm, schon wieder diese SPÖ-Jünger!"

Ja wir arbeiten in der SPÖ mit, ohne daß wir mit der Politik unserer Spitzengenossen zufrieden wären. Wir glauben aber, daß nur die Arbeiterbewegung diese Gesellschaft verändern kann, und deshalb setzen wir uns in der SPÖ für ein echtes sozialistisches Programm ein.

Was wir damit meinen?

Wir fordern zum Beispiel:

- * Selbstverwaltete Jugend- und Kommunikationszentren in allen Stadtteilen und Dörfern
- * Einen Mindestlohn von 6.000 S für alle Lehrlinge, damit sie nicht von der Lust und Laune ihrer Eltern abhängig sind und sich möglichst bald auf eigene Füße stellen können
- * Einen garantierten Mindestlohn von 10.000 S netto für alle Arbeitnehmer ab dem 19. Lebensjahr
- * Genügend Wohnraum für alle, mindestens 25qm pro Person zusätzlich ausreichender Nutzfläche für Küche, Bad und WC
- * Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf alle
- * Eine gemeinsame Schule für alle 10- bis 18-jährige ohne Noten, ein Chancengleichheit für alle Jugendlichen zu erzielen

Mit solchen "Übergangsforderungen"

gehen wir von der gegenwärtigen Wirklichkeit, von unseren alltäglichen Problemen in der kapitalistischen Gesellschaft aus. Unser Ausweg besteht in der Überwindung der heutigen Klassengesellschaft. Er führt zu einer neuen besseren Gesellschaft, zu einer sozialistischen Demokratie. Wir wollen eine Demokratie der Arbeiter und Angestellten, und nicht die Herrschaft einer abgehobenen Bürokratenclique, wie wir sie vor unserer Haustür in Osteuropa sehen können.

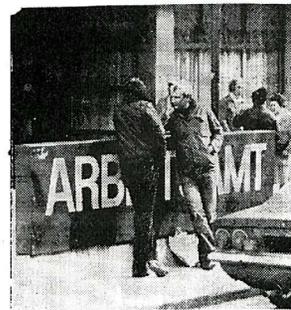
Wir wissen, daß wir eine Minderheit sind. Unser Programm ist noch längst nicht das der gesamten Arbeiterbewegung. Aber in Zukunft muß und wird es das Programm der Mehrheit werden. Weil das kapitalistische Weltssystem in den nächsten Jahren in immer tiefere Krisen geraten wird, werden alle Arbeitnehmer und vor allem die Jugendlichen gezwungen sein, zu kämpfen und über einen Ausweg nachzudenken.

Wir rufen alle Arbeitnehmer, Lehrlinge und Jugendliche auf: Werdet aktiv!

Kämpft mit uns gemeinsam in der SPÖ und im ÖGB für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms. Sorgen wir dafür, daß diese Organisationen wieder voll und ganz für die Arbeiter da sind und nicht fürs Kapital.

Deine VORWÄRTS Redaktion

Schlechte Aussichten für Jugendliche



1983 werden wieder 10.000 Jugendliche vergeblich auf Arbeitssuche gehen. Waren es im November 1982 noch 18.500, so werden es 1983 schon weit über 20.000 sein, die keine Möglichkeit haben, einen Beruf auszuüben, oder zu erlernen. Leidtragende sind vor allem die 18- bis 25-jährigen, die selbst wenn sie das Glück hatten, einen Lehrplatz zu bekommen, nach Beendigung der Lehre ohne Arbeitsplatz dastehen.

Auch die Chancen eine Lehrstelle zu bekommen, wird für Jugendliche, die aus der Schule austreten, immer geringer. Die Wünsche der Lehrstellensuchenden, werden nur selten verwirklicht. Enttäuscht müssen sie Berufe erlernen, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen.

Die auch so freie Marktwirtschaft fordert eben Opfer von allen - nur nicht von denen, die in ihren warmen Parlaments- und Unternehmenssesseln sitzen und über unser Schicksal bestimmen. Die Unternehmer weigern sich, mehr Lehrlinge aufzunehmen und sie fachgerecht auszubilden. Schamlos mißachten sie die Arbeitsrechte der Lehrlinge und ziehen sie oft zu Arbeiten heran, die unqualifiziert sind und nicht dem Ausbildungsziel gerecht werden.

Auch die Medien werden auf die steigende Jugendarbeitslosigkeit aufmerksam und initiieren Beschäftigungsprogramme, die zu Werbezwecken mißbraucht werden und letzten Endes wirkungslos sind. Ein Beispiel dafür ist das Beschäfti-

gungsprogramm des meistgelesenen Kleinformats, das in einer Aktion versucht hat, Lehrstellen zu vermitteln.

Aufgrund dieser und anderer Anstrengungen haben viele Betriebe weit mehr Jugendliche eingestellt, als sie eingeplant hatten (Ankerbrot, Billa...). Dies birgt die Gefahr, daß die fachliche Ausbildung, weil nicht genug qualifizierte Arbeit vorhanden ist, stark gefährdet ist. So werden sie zu Hilfsarbeitern herangezogen.

Es ist uns z.B. zu Ohren gekommen, daß bei der Firma Billa (Supermarktkette) einige Lehrlinge seit ihrer Einstellung nichts anderes tun, als Flaschen zurückzunehmen.

Am meisten sind von Jugendarbeitslosigkeit Menschen betroffen, die auch im täglichen Leben benachteiligt sind: weibliche und ausländische Jugendliche. Von mehr als 2.660 Abgewiesenen waren mehr als zwei Drittel Frauen.

Die kapitalistische Wirtschaftskrise macht zuerst den sozial Schwächsten arbeitslos. Darunter leiden besonders ausländische Kollegen und deren Kinder, die eine zu geringe Ausbildung erhalten. Schlechte oder gar keine Schulausbildung und Sprachschwierigkeiten, sowie die ausländerfeindliche Stimmung, machen es diesen Kolle-

gen fast unmöglich, eine geeignete Arbeitsstelle zu finden. Im wirtschaftlichen Aufschwung brauchte man ausländische Arbeitskräfte, um die Produktion zu steigern. Jetzt in der Rezession sind sie den österreichischen Unternehmern für jede Dreckarbeit gut genug, und sie sind die ersten Arbeiter, die entlassen werden. Ausländische Jugendliche, die in Österreich geboren wurden, besitzen weder soziale Rechte, noch erhalten sie eine geeignete Ausbildung. Diese Jugendlichen, die keinen Bezug zum Heimatland ihrer Eltern haben, sind Österreicher.

Da wir nicht tatenlos zusehen wollen, wie sich die Unternehmer auf Kosten der Arbeiter sanieren, fordern wir geeignete und wirkungsvolle Maßnahmen, die uns Arbeiter und Jugendliche vor der Arbeitslosigkeit schützen. Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben.

Deshalb fordern wir:

- * Arbeit oder vollen Lohn!
- * 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust! Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!
- * Stärkere Kontrolle der Betriebe, die Jugendliche ausbilden!
- * Hohe Strafen bei Vergehen gegen das Jugendausbildungsgesetz!



Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Papi!

SCHWEDEN:

Palme muss Farbe bekennen!

Sozialismus oder Reformabbau

Noch vor einigen Jahren galt Schweden für viele österreichische Sozialdemokraten (vor allem Bruno Kreisky) als das Modell für den Weg zum Sozialismus. 44 Jahre sozialdemokratische Regierung brachten den schwedischen Arbeitnehmern eine Reihe von sozialen Errungenschaften ein (z. B. freier Krankenhausaufenthalt, 90% Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosenunterstützung von 90% des Nettolohns in den ersten 12 Monaten,...)

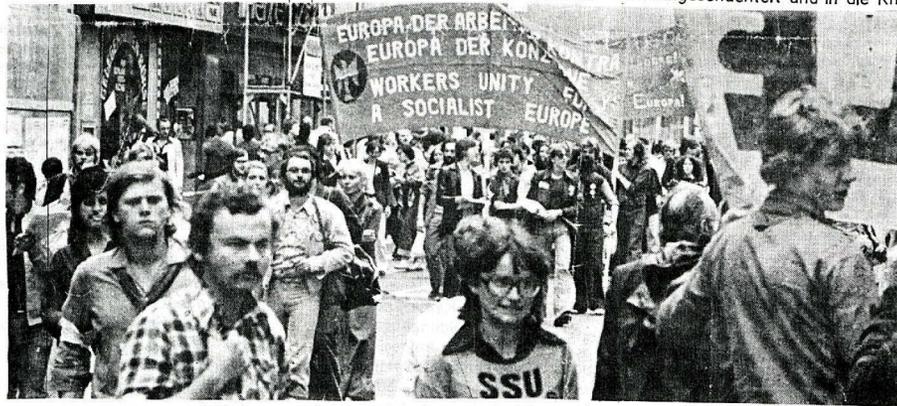
Der schwedische Kapitalismus

Liberalen, Konservativen und bürgerlichem Zentrum, die vorher 44 Jahre an der Regierung gewesen waren, ablöste, fing gleichzeitig die internationale Wirtschaftskrise an, sich auf Schweden auszuwirken.

Aus Angst vor dem unvermeidlichen Widerstand der Arbeitnehmer (in Schweden sind fast 90% der Arbeitnehmer in der Gewerkschaft organisiert) versuchte die Regierung die aufkommende Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungshilfen, Subventionen für herunter-

enger schnallens" mit.

Angefangen von der dreijährigen Zurückhaltung der Gewerkschaftsführer in den Lohnrunden und nach einem neuerlichen Wahlsieg der bürgerlichen Koalition, boten die Unternehmer in der Lohnrunde 1980 eine Lohnerhöhung von 0% an. Dem gegenüber stand die Forderung der Gewerkschaft auf 11% Lohnerhöhung. Durch Aussparungsdrohungen, ausgesprochen vom Unternehmensverband SAF, sollten die Gewerkschaftsführer eingeschüchtert und in die Knie



Demonstration der Jungsozialisten während des Streiks 1980

konnte es sich lange Zeit leisten, den Arbeitnehmern weitgehende Zugeständnisse zu machen. Wie kaum in einem anderen Land profitierte die exportabhängige schwedische Industrie von dem weltweiten Wirtschaftsaufschwung nach dem zweiten Weltkrieg. Damit ist der schwedische Kapitalismus aber auch besonders anfällig für die Schwankungen des Weltkapitalismus geworden.

Als nach den Wahlen 1976 eine bürgerliche Koalition aus

gekommene und von der Absatzflaute betroffene Betriebe und sogar Verstaatlichungen bankrotter Unternehmen aufzufangen.

Unter bürgerlicher Herrschaft sind in Schweden mehr Unternehmen vom Staat übernommen worden, als in den vorausgegangenen 44 Jahren sozialdemokratischer Regierung. Das Geld für diese Maßnahmen holte sich die Regierung von den Arbeitnehmern, denen es für deren Begriffe viel zu gut ging. Über drei Jahre lang machten die Schweden die Politik des "Gürtel

gezwungen werden.

Durch diese Provokation in Wut geraten, setzten die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes ihre Führung unter massiven Druck, dem diese schließlich nachgeben mußten, und so riefen sie 100.000 Arbeitnehmer in ganz Schweden in den Streik, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Schlichtungsangebot von 2,5% war angesichts einer Inflationsrate von 14% ebenfalls so lächerlich, daß es die Wut der Arbeiter nur noch weiter anheizte. Die



SAF machte ihre Drohung wahr und sperrte 50.000 Arbeiter aus.

Nach eineinhalb Wochen Arbeitskampf, in denen Teile des Landes förmlich stillgelegt waren, einigte man sich auf eine 7%tige Lohnerhöhung. Dies war angesichts dessen, daß viele Arbeiter zum erstenmal in ihrem Leben Erfahrungen mit Streik und Aussperrung machten, in den Augen der meisten Arbeiter ein Erfolg. Zum erstenmal in der Geschichte Schwedens, sind die Gewerkschaften gestärkt, aus einer solchen Auseinandersetzung hervorgegangen.

Nachdem die Euphorie über den Erfolg wieder abgeklungen war, und sich die bürgerliche Koalitionsregierung von dem Schock, den ihnen die schwedischen Arbeiter durch ihre Kampfbereitschaft bereitet hatten, wieder erholt hatte, begann sie 1981 mit der Demontage des Sozialstaates. Es wurden Karenztage eingeführt, das heißt, daß im Krankheitsfall die ersten beiden Tage des Krankenstandes nicht bezahlt werden. Außerdem wurden bei Renten, Arbeitslosengeld und den Zuschüssen zu Kindertagesstätten massive Kürzungen vorgenommen.

Streiks gegen

Lohnkürzungen

Auf diese Kürzungspolitik reagierten die nun selbstbewußten Schweden im Frühjahr 82 mit Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Es kam zu insgesamt 35 politischen Streiks, die sich vor allem gegen die Karenztage richteten.

In Stockholm mußte der Oppositionsführer Palme den aufgebracht Bauarbeitern, die vors Parlament gezogen waren, versprechen, daß unter einer künftigen sozialdemokratischen Regierung diese unsozialen Maßnahmen zurückgenommen werden.

Aus den Parlamentswahlen am 19. Oktober 82 ist die sozialdemokratische Partei SAP als Sieger hervorgegangen. Mit 45,9% der Stimmen stellt sie 166 Abgeordnete. Die drei bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 163 Abgeordnetensitze.

Vor dem Hintergrund einer zerrütteten Wirtschaft versucht nun die SAP nach altem sozialdemokratischem Muster die gegebenen Wahlversprechen einzulösen. Die Inflationsrate lag in den letzten Jahren immer über der 10% Marke, die Staatsverschuldung beträgt mittlerweile 300 Milliarden Kronen (ca 600 Milliarden ÖS), bei nicht einmal 10 Millionen Einwohnern. Das Brutto sozialprodukt stieg 1981 um weniger als 1%, die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit beträgt 4%. Real gesehen sind allerdings mehr als 12% der schwedischen Arbeitnehmer ohne produktive Beschäftigung, da eine große Zahl der Arbeitslosen in Umschulungskursen untergebracht worden sind. In manchen Gebieten werden mehr Leute umgeschult als im Arbeitsprozess stehen, allerdings ohne die Hoffnung in den neu erlernten Berufen jemals Beschäftigung zu finden.

Die Karenztage wurden wieder abgeschafft, für die Kindertagesstätten wurde wieder Geld flüssig gemacht, und es wurde ver-

sprochen Renten, Arbeitslosenhilfe und Kindergeld zu erhöhen. Um dieses Programm zu finanzieren, wurde die Mehrwertsteuer von 21% auf 23% erhöht. Damit der schwedische Export wieder konkurrenzfähig wird, (das extrem vom Export abhängige Schweden hat seit 1973 ein Drittel seines Auslandsmarkanteils eingebüßt) wurde die Währung um 16% abgewertet, was allerdings, trotz des Preisstopps zur Folge hat, daß die schwedische Bevölkerung für die Einfuhrprodukte jetzt bedeutend mehr bezahlen muß.

Es soll auch ein Arbeitnehmerfond errichtet werden, in den die Unternehmer überhöhte Gewinne und ein Prozent der Lohnsumme einzahlen müssen. Mit diesem Geld (man erhofft 2-3 Mrd. Kronen pro Jahr) sollen Investitionen getätigt werden.

Allerdings werden die Maßnahmen wirkungslos bleiben. Die Kapitalisten werden kaum bereit sein, jetzt zu investieren, wo eine sozialdemokratische Regierung versucht ihre Gewinne zu schmälern. Olaf Palme wird nun zeigen müssen auf welcher Seite er steht.



Olaf Palme

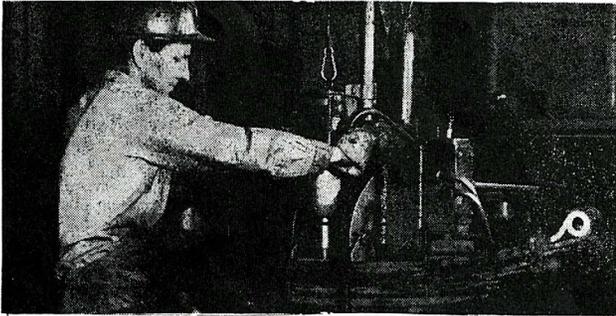
Welchen Weg geht seine Partei?

Entweder auf der Seite der Arbeitnehmer, dann gibt es nur einen Weg, nämlich den: Großkonzerne und Banken zu verstaatlichen, und eine harmonische, demokratische Planwirtschaft aufbauen, damit Schweden zu einem echten Modell der sozialistischen Demokratie wird, oder aber auf der Seite des Systems, dann wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als das schmutzige Geschäft, der Demontage des Sozialstaates, das die bürgerliche Regierung begonnen hat, fortzusetzen.

Den Kapitalismus bedeutet immer Krise.

Österreich 1983:

Entlassungen bei VMW



Auch sein Arbeitsplatz ist gefährdet

Nach der VEW und anderen Betrieben greift die Wirtschaftskrise jetzt auch auf bisher verschont gebliebene Zweige der verstaatlichten Industrie über. Im Wiener Werk der VMW (vereinigte Metallwerke) wirkt sich nun der Rückgang im Geschäft mit Videorekordern und Alufelgen voll aus.

Dieses Werk, in dem 240 Leute beschäftigt sind (davon 70% Fremdarbeiter), soll 1983 seine Tore schließen. Anfang Dezember wurden die ersten 43 Kolleginnen und Kollegen (40 waren Gastarbeiter) gekündigt. Weitere 75 Leute sollen Mitte Februar ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Betriebsratsobmann, der schon einen Monat vorher die Namen der Gekündigten wußte, hielt diese, nach Absprache mit der Betriebsleitung, geheim und stimmte der etappenweisen Kündigung zu, um Widerstandsaktionen möglichst zu verhindern.

Ein Kollege der nach seiner Kündigung versucht hat, Aktionen zu organisieren, wurde vom Betriebsgelände gewiesen, und es wurde ihm verboten es jemals wieder zu betreten. Da 70% der Belegschaft aus Fremdarbeitern besteht, die Angst haben, ihre Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, wenn sie an Protestaktionen teilnehmen, und immer noch ein paar Kollegen die Illusion haben, falls sie sich ruhig verhalten, nicht gekündigt zu werden, ist es bisher noch nicht

gelungen, Widerstand zu organisieren und Aktionen zur Rettung der Arbeitsplätze durchzuführen.

Arbeiterkontrolle

Der Betrieb ist nur einer von vielen der privaten und verstaatlichten Industrie die jetzt, nachdem sie in den Jahren des Wirtschaftsaufschwungs große Gewinne erzielen konnten, die weltweite Wirtschaftskrise zu spüren bekommen.

Das "Modell Österreich" verkörperte mit Schweden und der BRD lange Zeit den sanften Weg zum Sozialismus.

Mit über 30%-anteil an der gesamten Industrie war die Verstaatlichte, in wirtschaftlich guten Zeiten einer der bestfunktionierenden Wirtschaftszweige. Mit den abgeworfenen Gewinnen konnten viele

Sozialreformen finanziert werden.

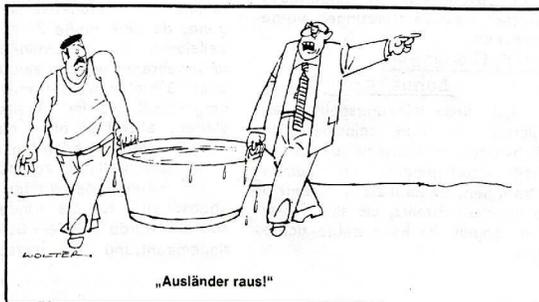
Aber seit ein paar Jahren spürt auch die verstaatlichte Industrie die Stahlkrise und schlittert immer tiefer in die Krise und in die roten Zahlen. Allein 1982 machte sie rund 5 Milliarden Verlust.

Jetzt sieht man, daß auch die Verstaatlichten nach der Pfeife der Privatindustrie tanzen müssen. Es ist eben nicht möglich, daß ein zwar verstaatlichtes aber von den Handlangern des Kapitals den Industriemanagern nach kapitalistischen Grundsätzen geführten Betrieb, vor der Krise verschont bleibt. Solange die wichtigsten Wirtschaftszweige in Österreich und International nicht verstaatlicht und unter die Kontrolle der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter gestellt sind, wird es immer wieder zu solchen Krisen kommen. Denn Kapitalismus führt immer zu Arbeitslosigkeit, Hunger und Krieg.

*Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen. . .

*Jede Firma, die mit Entlassungen droht, muß alle ihre Geschäftsbücher offenlegen! Wir wollen wissen, wo die Profite hingekommen sind!

*35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust! Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!



Für eine absolute SPÖ-Mehrheit!



Wen werden Sie vertreten?

Fortsetzung von Seite 1

lagen alle Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate.

Mit diesen Zahlen steht Österreich zwar noch besser da, als die meisten Länder, wie z.B. England oder die BRD, wo jetzt durch den Regierungsputsch auch eine bürgerliche Regierung wie in Großbritannien und den USA an der Macht ist und mit ihrem reaktionären Wirtschaftsprogramm die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht. Z.B. (Streichung von Sozialleistungen, die den Arbeitern zugute kommen, Massenarbeitslosigkeit usw.). Allerdings so rosig, wie man uns das vorzumachen versucht, sieht es, wie wir selber zu spüren bekommen, doch nicht mehr aus. Auch in dieser Krise versucht die Bundesregierung mit massiven staatlichen Finanzspritzen, die vor allem in die verstaatlichte Industrie fließen und somit indirekt der Privatwirtschaft zugute kommen, die Auswirkungen der Krise möglichst abzuschwächen.

Um dieses staatliche Investitionsprogramm zu finanzieren, müssen noch mehr Kredite vom Ausland aufgenommen werden, und Österreichs Staatsverschuldung wird langsam ein Fass ohne Boden. Auch diesmal ist es nicht gelungen die Arbeitslosenzahl niedrig zu halten.

Ein kleiner Lichtblick im Wirtschaftsprogramm ist das neue Steuerpaket. Endlich wird versucht die theoretische Diskussion über Umverteilungspolitik in die Praxis umzusetzen. Die Quellensteuer und die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts ab einem Verdienst von 20.000.--ÖS pro Monat können allerdings nur der Beginn einer Reihe von Maßnahmen sein, um eine Politik zu finanzieren, die die Besitzverhältnisse nicht antastet, aber die durch diese bedingten Krisen und ihre Auswirkungen möglichst zu vermeiden.

Wir dürfen uns allerdings nicht der Illusion hingeben, daß die Politik der kleinen Schritte, langfristig gesehen, funktioniert. Die Reichen werden sich nicht ihren Besitz und ihre Privilegien wegnehmen lassen, um damit Sozialleistungen zu finan-

zieren. Reden wir nicht lange drumherum, die Schönwetterzeiten für den österreichischen und internationalen Kapitalismus sind endgültig vorbei. Eine sozialpartnerschaftliche Politik, die gleichzeitig die Arbeitnehmer und die Unternehmer zufriedenstellen könnte, hat keine Basis mehr. Unsere Parteilührung muß Farbe bekennen. Entweder läßt sie sich vom Kapital erpressen und betreibt das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage weiter, oder sie mobilisiert ihre breite Mitglieds- und Anhänger-schaft für ein kämpferisches sozialistisches Programm:

*Für die Überführung aller Privatkapitalistischen Großbetriebe in Gemeineigentum!

*Für Arbeiterkontrolle in allen Staatsbetrieben!

*Leitung der Betriebe durch einen Aufsichtsrat, der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Belegschaft, Gewerkschaft und Staat besteht!

Am 26. April gilt es der SPÖ wieder die absolute Mehrheit zu beschaffen. Die ÖVP darf nicht an die Regierung kommen! Kein Arbeitnehmer und kein Jugendlicher kann es sich leisten, Schwarz, Grün oder gar nicht zu wählen! Aber SPÖ wählen alleine genügt nicht! Kämpft mit uns in SPÖ und ÖGB für ein sozialistisches Programm!

IMPRESSUM

VORWÄRTS

Betriebszeitung der sozialistischen Jugend Favoriten..

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Robert Schiffler

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Schiffler
1100 Wien
Knöllgasse 41/37
Tel.

Sozialismus statt Sozialpartnerschaft!

TERMINE

UNSERE NÄCHSTEN TERMINE:

18. März 1983:

Friedensfest im "Haus der Begegnung" im 10. Bezirk in der Hansson-Siedlung.

21. März 1983:

Beginn des Aktionsmonats "Ökologie"

30. April 1983:

Fackelzug der Sozialistischen Jugend, Thema "Arbeitslosigkeit", Treffpunkt 19 Uhr, Arbeiterheim Favoriten, Laxenburger Str. 10.

Jeden Freitag

treffen wir uns. Gruppe "Rote Werkstatt", 10. Bezirk, Favoritenstr. 187.

Kommt zahlreich und arbeitet mit uns!



Spendet für VORWÄRTS!

Wenn Ihr unsere Zeitung weiter haben wollt, brauchen wir dringend Eure Unterstützung. Diesmal mußten wir uns Schreibmaschine und andere Geräte noch mieten, aber in nächster Zeit wollen wir uns diese wichtigen Sachen für die zukünftigen Nummern des VORWÄRTS selber kaufen. Unsere erste Anschaffung sollen ein Schreibcomputer und ein Überschriftensetzgerät sein, was uns ca. 100.000 S kosten wird.

Von einigen Genossen wurden uns schon spontan 568,60 S gespendet. Andere wollen uns den Reingewinn von Parties spenden.

Trotzdem kann das nur der Anfang sein. VORWÄRTS ist DEINE Zeitung! Hilf mit, sie aufzubauen!

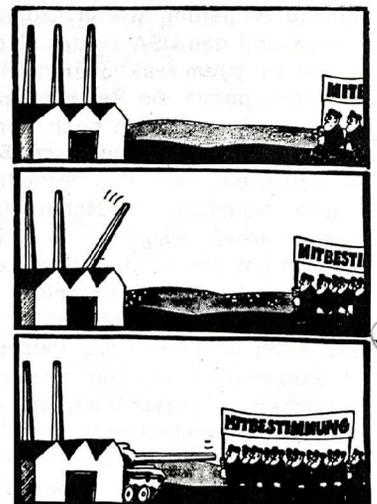
Ihr könnt den VORWÄRTS ab sofort abonnieren. Für sechs Ausgaben mindestens 40 S oder mehr, so viel Ihr wollt. Wir sind für jeden Schilling dankbar.

Macht interessierten Genossen doch die Freude eines Geschenkabos!

SPENDENKONTO:

Postscheckkonto Robert Schiffler Kontonr.

7409.295



ICH MÖCHTE VORWÄRTS ABONNIEREN und habe Ös 40 (für 6 Ausgaben) auf das Postscheckkonto Robert Schiffler Kontonr. 7409.295 überwiesen. Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang.
Name:
Adresse:
Redaktion Vorwärts
1100 Wien Knöllg. 41/37